Wahlzeitung zur Europawahl und Kommunalwahl in Düsseldorf am 25. Mai 2014

DIE LINKE.

Hier und in Europa

Sahra Wagenknecht ist im Mai in Nordrhein-Westfalen unterwegs. Die promovierte Wirtschaftsexpertin ist eine der besten Kennerinnen der Eurokrise. Wo Sie Sahra Wagenknecht selbst treffen können, lesen sie auf **Seite 12.**

LINKE in den Stadtrat wählen

Düsseldorf. Besonders in Düsseldorf geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. 2007 gab es in Düsseldorf 378 Einkommensmillionäre, zugleich steht der Bezirk Düsseldorf an der Spitze der Kinderarmutsstatistik in NRW. 22 Prozent der Kinder leben von Hartz IV. In einigen Wohnbezirken liegt die Quote der Hartz-IV-Beziehenden bei über 35 Prozent. Die Hälfte der Düsseldorfer Bevölkerung hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Leiharbeit, befristete Arbeitsplätze und Minijobs greifen immer weiter um sich. Rentenkürzungen taten ein übriges. Gleichzeitig wurden den Reichen und Konzernen Steuergeschenke gemacht. Das ist das Ergebnis der Agendapolitik von SPD und Grünen, die von FDP und CDU mitgetragen wurde.
Mit dieser Situation muss die Politik kommunalpolitisch umgehen. CDU und FDP wollen Düsseldorf so gestalten, dass es die Reichen anzieht und zu einer Stadt der Wohlhabenden wird. Wer nicht genug Geld für teure Mieten hat, »kann ja ins Umland ziehen«, wie Oberbürgermeister Elbers den Betroffenen in der Lokalpresse geraten hat.
DIE LINKE. Düsseldorf steht eindeutig auf der Seite der Menschen, die unter dieser Politik zu leiden haben. Wir fordern einen kommunalen Wohnungsbau, der allen Menschen in Düsseldorf ein bezahlbares Zuhause bieten kann. Wir fordern als ersten Schritt ein Sozialticket von 10 Euro für Bus und Bahn. Wir wollen, dass alle Menschen bezahlbaren Zugang zu Schwimmbädern, Kinos, Theatern und Freizeiteinrichtungen haben. Das alles ist machbar, man muss nur die kapitalistische Logik durchbrechen, dass die Ergebnisse der Arbeit den Besitzern der Firmen und Konzerne gehören und nicht denen, die sie erarbeitet haben. Der Reichtum einer Gesellschaft und auch der Stadt Düsseldorf entsteht nicht durch einige Millionäre, sondern durch die Arbeit vieler fleißiger Menschen, die inzwischen oft ihren Arbeitsplatz verloren haben oder von einer Minirente leben müssen. Diese Menschen haben ein Recht auf Lebensqualität. Dafür wird DIE LINKE sich im Rat der Stadt einsetzen. *Lutz Pfundner*

Wohnen muss bezahlbar sein. Das Thema Mieten ist für die Menschen in Düsseldorf von zentraler Bedeutung.

Sie träumt Europa, sie gestaltet Europa, sie kämpft für Europa. ***Gabi Zimmer*** *sitzt für DIE LINKE im Europäischen Parlament und stellt sich als Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE zur Wiederwahl.* ***Seite 6***

Ein anderes Europa ist …

… möglich. Ein friedliches, kulturell vielfältiges, solidarisches, offenes Europa. DIE LINKE will ein solches Europa, und ein solches Europa ist am 25. Mai 2014 wählbar. Sie will ein Europa der Menschen, nicht der Banken und Konzerne. Eines, das die Nachbarn nicht zu Bettlern macht und in dem Krieg, Gewalt und der Export todbringender Waffen geächtet sind. Sie will ein demokratisches Europa, in dem jeder Mensch die gleiche Stimme hat. DIE LINKE kämpft im Europaparlament und gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen für die Zügelung der Finanzmärkte, für ein Ende der Zerschlagung von Sozialsystemen und die Einführung einer Millionärsabgabe, für tariflich und sozial gerechte Arbeit und für die Stärkung der Kommunen. Die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger soll sichergestellt werden, und die Mauern um EU-Europa sollen fallen, damit das Sterben von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer ein Ende hat. Im Europäischen Parlament vertreten bisher acht Abgeordnete DIE LINKE. Ihre Bilanz kann sich sehen lassen. Auf den Seiten der Europabeilage steht, was DIE LINKE im EU-Parlament erreicht hat und wofür sie sich in den kommenden Jahren einsetzen wird.

Genug gekürzt

von Sahra Wagenknecht

Am 25. Mai 2014 sind Europa- und Kommunalwahlen. Hier können die Bürgerinnen und Bürger ein deutliches Zeichen für eine vernünftigere und sozialere Politik setzen. Das ist bitter nötig. Denn die Streichung des Schulbusbetriebs in Datteln und das Kürzungsdiktat in Griechenland haben eine gemeinsame Ursache: Ein neoliberaler Einheitsbrei von angeblich sozialdemokratischen bis konservativ-liberalen Parteien rettet Pleitebanken und verteilt Steuergeschenke für Reiche. Menschen mit Durchschnittseinkommen und Armen drohen dagegen Sozialkürzungen.
Damit muss Schluss sein. Wir brauchen mutige Schritte, um den Städten wieder genug Geld zu geben. DIE LINKE will europaweit Lohndumping verhindern und Armut bekämpfen.
Doch viele Politiker der regierenden Parteien nutzen ihr vom Steuerzahler finanziertes Amt, um sich ihre Gefälligkeiten für bestimmte Branchen im Anschluss an ihre politische Tätigkeit mit Millionengehältern persönlich vergolden zu lassen. Ronald Pofalla ist kein Einzelfall. Ein solches Verhalten untergräbt das letzte Vertrauen der Menschen in die Demokratie.
Fortsetzung auf Seite 2

Klamme Kassen

Wie kommen die Städte aus den Schulden? Das steht auf **Seite 2.**

Jobwunder

Von einem Jobwunder schwadronieren die Regierungsparteien. Warum dieses aber keine wunderbaren Jobs bringt, steht auf **Seite 11.**

Arme Kinder

Immer mehr Kinder haben einen schweren Start ins Leben. Denn: Ihre Eltern sind arm. Was man dagegen tun kann, lesen Sie auf **Seite 11.**

(Stärkungs-) Pakt mit dem Teufel

Allein können die Städte in NRW ihre Finanzprobleme nicht lösen. Sie schultern die Kosten der in Berlin gemachten sozialen Schieflage, finanzieren den Kita-Ausbau und vieles mehr. Bei hohen Erwerbslosenzahlen sinken auch noch die Einnahmen. Die Landesregierung antwortete auf die Hilferufe mit einem vergifteten Angebot, dem »Stärkungspakt Stadtfinanzen«. Es ist ein Pakt mit dem Teufel, der die Städte vor allem zu massiven Kürzungen zwingt. Öffentliche Einrichtungen, Schulsanierungen oder die Straßeninstandhaltung werden gestrichen.

Ilona Nezeri

DIE LINKE lehnt Kürzungsdiktate, Personalabbau und Privatisierungen ab. Stattdessen muss der Steueranteil der Kommunen erhöht werden. Geld ist genug da, DIE LINKE will es endlich auch sinnvoll verteilen. Aktuell schrauben die Städte hilflos an den Hebesätzen der Grund- und Gewerbesteuer. Andere Instrumente haben sie nicht. Zur Lösung der Probleme fordert DIE LINKE endlich mehr Steuergerechtigkeit. Sie hat mit der Gemeindewirtschaftssteuer einen Weg für stärkere Kommunen aufgezeichnet. In den Kampagnen »UmFAIRteilen« und »Blockupy« machen LINKE nicht nur im Parlament, sondern auch auf den Straßen Druck, damit das Leben vor Ort wieder lebenswerter wird.

Düsseldorf mit links bewegen

DIE LINKE steht für eine lebenswerte Stadt und gegen Schicki-Micki-Politik in Düsseldorf

Niels Holger Schmidt

Düsseldorf. DIE LINKE Düsseldorf versteht sich als Teil einer breiten Bewegung in der Bevölkerung, die sich immer stärker der Schicki-Micki-Politik der augenblicklichen Ratsmehrheit aus CDU und FDP widersetzt.
Die EinwohnerInnen wünschen sich eine lebenswerte Stadt mit offenen Flächen zum Sitzen und Erholen, aber auch Spielflächen für Alt und Jung. Der Wunsch nach offenen unbebauten Plätzen, wie sie beispielsweise in südlichen Ländern völlig normal sind, wird größer. Düsseldorf hat so etwas bisher kaum zu bieten. Stadtteile außerhalb der Innenstadt veröden mehr und mehr. Dort leben dann diejenigen, die sich in der Innenstadt keine Wohnung mehr leisten können. Aber auch dort werden die Wohnungen immer teurer. Vielerorts bilden sich Initiativen, die sich gegen die Zustände in Düsseldorf wehren, etwa das »Bündnis bezahlbares Wohnen«, in dem unter anderem Flüchtlings- und Obdachlosenorganisationen, antifaschistische Gruppen und Studierende mitarbeiten.
Eine andere Initiative ist »Hafenalarm« im Süden Düsseldorfs, in der sich EinwohnerInnen organisiert haben, die sich gegen den Ausbau des Reisholzer Hafens zu einem riesigen Containerhafen wehren. Im Norden Düsseldorfs schließen sich MieterInnen zusammen, um gegen steigende Mietpreise durch Sanierungen und Privatisierung von Wohnobjekten zu protestieren. Initiativen gegen Bahn-, Straßen- sowie Fluglärm, Camper, die sich gegen ihre Vertreibung wehren, und eine Initiative zum Erhalt des Allwetterbades in Flingern sind weitere Beispiele. DIE LINKE unterstützt solche Initiativen und arbeitet in ihnen mit. Dieses Engagement der DüsseldorferInnen ist ein wichtiges außerparlamentarisches Mittel, um den PolitikerInnen im Stadtrat und dem Oberbürgermeister Druck zu machen. Wir LINKE freuen uns über dieses Engagement. Es wird auch in Zukunft Aufgabe der Ratsfraktion DIE LINKE sein, die Forderungen der Bevölkerung aufzugreifen und ihnen eine Stimme im Rat der Stadt Düsseldorf zu geben.
Angelika Kraft-Dlangamandla

***Helmut Born** ist Gründungsmitglied der Düsseldorfer LINKEN und engagierter Betriebsrat im Einzelhandel. Er ist aktiv in der Gewerkschaft ver.di und kandidiert als Oberbürgermeister von Düsseldorf.*

Mehr Geld für unsere Stadt

Sahra Wagenknecht hebt nicht im »Raumschiff Berlin« ab, sondern ist nah an den Menschen. Und sie geht mit ihnen auch für soziale Gerechtigkeit auf die Straße, hier zum Beispiel 2013 in Bochum.

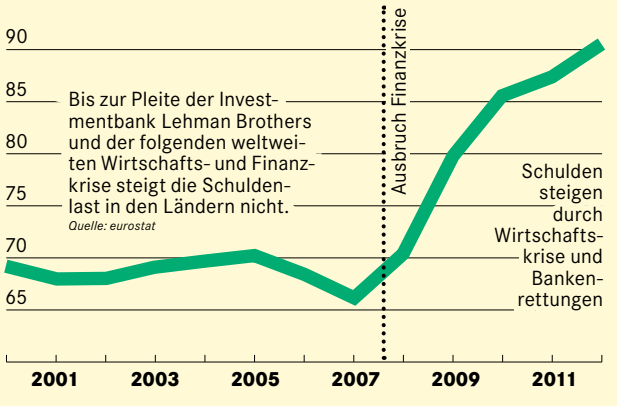
Niels Holger Schmidt

Niels Holger Schmidt

***Fabio De Masi** ist Wirtschaftswissenschaftler und Experte für die aktuelle Währungskrise. Auf Vorschlag der NRW-LINKEN wurde er auf Platz 6 der LINKEN-Europaliste gewählt. Der 34-Jährige hat damit beste Chancen, bei der Europawahl am 25. Mai ins Brüsseler Parlament einzuziehen. De Masi ist ein ausgewiesener Wirtschaftsfachmann. Nicht zufällig lehrt der Vater eines kleinen Sohns Volkswirtschaft an einer Berliner Hochschule.*

Fortsetzung von Seite 1, rechts
Denn: Die Gefälligkeiten für Reiche und Konzerne wollen bezahlt werden. Und das muss die große Mehrheit der Bevölkerung tun. Beispiel: die Bankenrettungspolitik der letzten Jahre. Die Gier der Finanzmafia war für den Ausbruch der Finanzkrise verantwortlich. Trotzdem wurden allein zwischen 2008 und 2011 4.500 Milliarden Euro Steuergeld in Europa für die Rettung maroder Banken und Finanzinstitute verpulvert. In der Folge explodierten europaweit die Staatsschulden. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung haben sie sich in Irland vervierfacht, in Spanien und Portugal verdoppelt. Als Reaktion darauf zwang Bundeskanzlerin Merkel mit Unterstützung der Europäischen Kommission die betroffenen Länder zu drakonischen Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialausgaben. Als Vorbild dafür dienten die deutsche Schuldenbremse und die Agenda-2010-Politik. Die Konsequenzen waren gravierend. So stieg beispielsweise die offizielle Arbeitslosenquote in Spanien auf rund 26 Prozent.
Doch auch in Deutschland ist die Staatsverschuldung um 360 Milliarden Euro angeschwollen, denn diese ungeheure Summe landete zum Wohle von Eigentümern und Gläubigern bei maroden Zockerinstituten. Nur 50 Milliarden Euro davon hätten gereicht, um auf einen Schlag die kurzfristige Verschuldung aller deutschen Kommunen zu beseitigen. Das passierte nicht. Stattdessen wurden etwa in Duisburg Stadtteilbibliotheken, Hallenbäder und sogar eine Schule geschlossen. In Dormagen wird bei Sportvereinen und Kindergärten gekürzt. In Wuppertal konnte das Schauspielhaus nicht mehr renoviert werden. In Warendorf und Gütersloh werden zusammen 40 Kinderspielplätze aufgegeben. Und der finanzielle Druck auf die Kommunen wird nach Auskunft des Deutschen Städtetags weiter wachsen. Denn für die Einhaltung der EU-Schuldenbremse (in Deutschland »Fiskalpakt«) müssen die Gemeinden weiter bis zum Quietschen sparen.
Bei der Europawahl im Mai kann erstmals seit dem akuten Ausbruch der Krise in der Eurozone im April 2010 europaweit über die »Rettungspolitik« abgestimmt werden. Seit Griechenland das erste »Hilfspaket« bekam, wurden tatsächlich nur die Banken gerettet. Es ist Zeit, den Regierenden die Quittung für ihren verfehlten Kurs zu geben. Denn es gibt soziale Alternativen zu dieser skrupellosen Politik. Um diese sozialen und friedlichen Alternativen durchzusetzen, braucht es eine starke LINKE im Europaparlament, in jedem Kreistag und in jedem Stadtrat. Deshalb bitte ich Sie, am 25. Mai mit allen Stimmen DIE LINKE zu wählen.

Staatsschulden in der Eurozone
in Prozent des BIP



Europawahl 2014
www.hier-und-in-europa.de

Die Verhältnisse ändern

Europa ist für uns und Millionen Menschen viel mehr als die vielfältigen Defizite der Europäischen Union und die Konstruktionsfehler einer gemeinsamen Währung. Europa, das ist nach verheerenden Kriegen ein Kontinent, auf dem der Frieden zur Regel und die militärische Konfrontation zur Ausnahme geworden sind. Ein Ort, der über viele Jahre zu einem Zuwachs an Wohlstand führte und in dem Reisepässe blasse Erinnerung sind.

In der EU aber sehen viele ein bürokratisches, allzu häufig schwer durchschaubares Gebilde. Eines, in dem Entscheidungen über Köpfe und Bedürfnisse hinweg getroffen werden, Kürzungsbeschlüsse fallen, auf deren Basis die Regierungen den Rotstift ansetzen – bei der sozialen Sicherung, Renten, bei der Bildung. Das mit seiner Troika-Politik ganze Staaten in den Ruin treibt, im Zuge der »Krisenbewältigung« Parlamente entmachtet, zugleich aber Banken und Großkonzernen Freibriefe für ein nahezu ungezügeltes Profitstreben ausstellt. Das nach wie vor die Länder der sogenannten dritten Welt als billige Rohstoff- und Absatzmärkte betrachtet und die Rüstungsspirale weiterdreht.

Viele Menschen nehmen die EU zu Recht widersprüchlich wahr, weil die Regierungen – insbesondere die deutsche Bundesregierung mit ihrer neoliberalen Politik – die Vision eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas zerstören. Wenn die Massenerwerbslosigkeit in Europa explodiert und gerade junge Menschen davon betroffen sind, ist dies ein direktes Ergebnis der maßgeblich in Berlin erdachten »Europapolitik«. In Griechenland und Spanien ist mehr als jeder und jede zweite Jugendliche erwerbslos, in Italien jeder dritte. Aber gerade einmal sechs Milliarden Euro werden für ein Programm zur Bekämpfung der Jugenderwerbslosigkeit in ganz Europa mobilisiert. Für die Rettung der Banken, die Europa in die Krise trieben, waren es 5.100 Milliarden Euro!

DIE LINKE will ein anderes Europa. Ein Europa der Menschen, nicht der Banken und Konzerne. Ein Europa, das unsere Nachbarn nicht zu Bettlern macht. Ein Europa, in dem Krieg, Gewalt und der Export todbringender Waffen geächtet sind. Unser Programm zu den Europawahlen zeigt auf, wie Europa verändert werden kann und muss: mit der Zügelung der Finanzmärkte, mit dem Ende von Lohn- und Rentenkürzungen und Zerschlagung von Sozialsystemen, mit der Einführung einer Millionärsabgabe in ganz Europa. Wir schlagen ein Programm gegen die Massenerwerbslosigkeit vor und wollen tariflich und sozial gerechte Arbeit. Einsatz für gute Arbeit bedeutet für uns auch Einsatz für eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Ein erster Schritt in diese Richtung kann auf europäischer Ebene in Angriff genommen werden: Die EU hat bereits heute weitreichende Kompetenzen im Bereich Arbeitsschutz. Wir wollen EU-weit durchsetzen, dass die maximale Wochenarbeitszeit 40 Stunden nicht überschreiten darf. Und wir wollen ein Europa der sozialen Rechte: In jedem Land soll es eine Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung geben, die entsprechend den dortigen Verhältnissen sicher vor Armut schützen.

Die Demokratisierung der EU muss endlich verwirklicht, die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden. Und nicht zuletzt: Wir sind dafür, keine Mauern um EU-Europa zu errichten, das Sterben von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer sofort zu beenden und das Asylrecht europaweit zu garantieren.

Im Europäischen Parlament vertreten uns bisher acht Abgeordnete in der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken. Ihre Bilanz kann sich sehen lassen: Die Fraktion hat wesentlichen Anteil daran, dass neoliberale Vorhaben, wie beispielsweise die Wasserprivatisierung, gestoppt werden konnten. Wir wollen, dass auch künftig eine starke Linksfraktion im Europäischen Parlament für grundlegende Veränderungen in der EU wirkt. Es ist unser Europa und nicht das der Banken und Konzerne! Wer Europa will, muss es den Banken und Reichen nehmen.

Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen

Das Leben von Millionen Menschen in Europa wird durch Kürzungs- und Privatisierungsprogramme bestimmt. Die Folgen sind eine drastische Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen bis hin zur sozialen Verelendung. Dies betrifft besonders die Länder Südeuropas. Die sogenannten Rettungspakete dienen allein den Banken und den reichen Anlegern, nicht aber den Menschen in Europa. Die deutsche Regierung trägt für diese Politik die wesentliche Verantwortung.

Dagegen regt sich Widerstand. Ein bundesweites Bündnis mit dem Namen Blockupy mobilisiert gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Zentralbank (EZB).

Vom 15. bis 17. Mai 2014 finden dezentrale Aktionstage statt. In Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart wird es Demonstrationen geben, in vielen weiteren Städten Kundgebungen vor Bankfilialen.

Wir setzen damit ein deutliches Zeichen gegen die neoliberale Politik in Deutschland und für die Solidarität mit all jenen Menschen in Europa, die sich gegen die Verarmungspolitik zur Wehr setzen.

Als Höhepunkt wird es im Herbst 2014 eine Blockade zur Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main geben. Beteiligen Sie sich an den Protesten!

Weitere Informationen unter ***www.die-linke.de/blockupy***

Unterstützen Sie uns

DIE LINKE führt ihren Wahlkampf als einzige Bundestagspartei unabhängig von Spenden großer Unternehmen und Banken. Unterstützen Sie uns mit einer Spende.
Konto 5000 600 000
BLZ 100 900 00
Berliner Volksbank
Kennwort: Wahlkampfspende oder unter
www.die-linke.de/spenden

Erste Migrantin, grandiose Idee, Chance auf ein solidarisches Miteinander

Gabi Zimmer und Thomas Händel sitzen für DIE LINKE im Europäischen Parlament und stehen auf den ersten beiden Listenplätzen für die Europawahl 2014. Was lieben sie an Europa und was wollen sie verändern?

Was hat Europa für Euch bedeutet, als Deutschland noch geteilt war, und was bedeutet es heute für Euch?
Gabi Zimmer: *Für mich war Europa immer ein Traum. Ich habe in Leipzig Sprachen studiert – russisch und französisch. Trotzdem konnte ich Frankreich damals nicht direkt erleben. Heute sehe ich in der EU die Kraft, Wesentliches für eine gerechtere Welt, die Lösung globaler Fragen beitragen zu können. Von einem solchen solidarischen Europa träume, dafür kämpfe ich.*
Thomas Händel: *Ich hab noch vor Augen, wie junge Gewerkschafter in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Straßburg symbolisch die Schlagbäume niederrissen. Europa war Freiheit, andere Kulturen kennenzulernen. Aber unser Blick war nur auf Westeuropa gerichtet. Heute gemeinsam mit Menschen aus Ungarn und Polen, aus Portugal und Dänemark darüber diskutieren zu können, wie wir in diesem Europa künftig leben und arbeiten wollen, ist eine große Bereicherung.*

Die EU und ihre parlamentarischen Gremien werden aber viel gescholten.
G. Z.: *Je weiter Politik scheinbar vom Alltag der Menschen entfernt stattfindet, umso abstrakter wird sie. Es gibt nur ein Gegenmittel: immer wieder dorthin zu gehen, wo sich Menschen mit den Folgen politischer Entscheidungen aus Brüssel und Berlin herumschlagen müssen. Wir sind als Linke im Europaparlament eine feste Adresse für außerparlamentarische Bewegungen geworden. So können wir die Kritik, aber auch Erwartungen an eine solidarische europäische Politik sehr genau benennen.*

Welche Möglichkeiten seht Ihr, um Beschäftigung zu sichern und dafür zu sorgen, dass die Menschen in Europa von ihrer Arbeit gut leben können?
T. H.: *Was wir brauchen, ist mehr »Gute Arbeit«, Arbeit, von der man eigenständig und armutsfrei leben kann. Aber nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten hat eine unbefristete und tariflich entlohnte Arbeit, und die Ausgrenzung vieler frisst sich durch die Gesellschaften in Europa wie ein Krebsgeschwür. Arbeit darf nicht billig werden wie Dreck. Was wir brauchen, ist ein europäischer Mindestlohn in Höhe von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittsentgelts. Das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« muss überall gelten – auch in der Leiharbeit und bei entsandten Arbeitnehmenden. Wir brauchen ebenso eine neue Debatte über die Verteilung der Arbeit und damit die Verkürzung der Arbeitszeit.*

In der EU sind rund 125 Millionen Menschen arm. Was tut DIE LINKE dagegen?
G. Z.: *Linke Politik nimmt die Sicht der Menschen auf, die sich nicht als die Sieger der Krisenpolitik in der EU fühlen können. Rund ein Viertel der Menschen in der EU, darunter besonders viele Migrantinnen und Migranten, leben in Armut. Dazu haben die drastischen Senkungen der Renten ebenso wie die Lohnkürzungen als Teil des sogenannten Krisenmanagements beigetragen. Wohnen, Energie und Wasser werden überall immer mehr zu einem Armutsrisiko. Deshalb fordern wir EU-weit armutsfeste soziale und ökologische Mindeststandards, Mindestlöhne, Mindesteinkommen und Mindestrenten. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum schließt soziale und ökologische Entwicklung ein. Das heißt für mich Solidarität!*

Das Europäische Parlament ist in den vergangenen Jahren gestärkt worden, trotzdem versuchen die nationalen Regierungen – voran die deutsche – im Rat immer wieder, demokratische Regeln auszuhebeln und das Parlament zu umgehen. Konntet Ihr dagegenhalten?
T. H.: *Vor allem den Wirtschaftseliten und ihren Politikern passt mehr Demokratie überhaupt nicht. Sie wollen die »marktkonforme Demokratie«, wie Merkel sie nannte. Die eigentlichen Entscheidungen sollen hinter verschlossenen Türen und allein zwischen den Regierungschefs getroffen werden. Das ist dann eine Scheindemokratie, die den großen Kapitalinteressen nicht in die Quere kommt. Dagegen mobilisieren wir zusammen mit vielen, die ein anderes Europa wollen, ein Europa von unten: demokratischer, sozial gerechter und solidarischer. Dazu gehören linke Gewerkschafter aus dem »Forum Soziales Europa«, kritische Wissenschaftler und Ökonomen von »EuroMemo«, europäische Netzwerke wie »Solidar«, die Internationale Mieterallianz und viele andere.*

Das Demokratiedefizit der EU ist ein wesentlicher Grund für die Resignation vieler Menschen. Viele wenden sich deshalb jenen zu, die Rückkehr zu nationalstaatlichen Prinzipien predigen und rechte Parolen verkünden.
G. Z.: *Gemeinsam mit Abgeordneten aus nationalen Parlamenten unterstützen wir ein Bündnis gegen Faschismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Initiative ging von Abgeordneten der Syriza in Griechenland aus, die täglich mit menschenfeindlichen Attacken der »Goldenen Morgenröte« konfrontiert sind. Wir werden gerade in Deutschland die verlogenen Behauptungen entlarven müssen, die faulen Griechen, Spanier oder Portugiesen hätten sich die Suppe, die sie nun auslöffeln müssten, selbst eingebrockt. Wir müssen sagen, wer die wirklichen Krisenverursacher und Krisengewinner sind! Menschenverachtende, rassistische Parolen dürfen nicht unwidersprochen bleiben, müssen konsequent bekämpft werden.*

Rico Prauss

Was war in der vergangenen Legislaturperiode in Euren Augen ein großer Erfolg und welche Aufgabe ist für Euch in den nächsten Jahren die vordringlichste?
T. H.: *In den letzten fünf Jahren haben wir Verbraucherrechte und Arbeitsrechte verbessert, Arbeitszeitverlängerungen verhindert und das Streikrecht verteidigt. Und wir haben maßgeblich zum Rückzug der Kommission bei der Wasserprivatisierung beigetragen. Wir haben der Kommission Feuer unterm Hintern gemacht, sich endlich für ein Ende der exzessiven Spekulationen auf den Nahrungsmittelmärkten einzusetzen und aktiv gegen die Mangelernährung von Kleinkindern vorzugehen.*

Rico Prauss

Aktuell gibt es eine Reihe von Themen, bei denen wir dringend andere politische Mehrheiten brauchen: die geplante Revision der Arbeitszeitrichtlinie, die autoritäre Umgestaltung der EU per Wettbewerbspakt und das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP. Das wird jeden Menschen in Europa direkt betreffen, nicht nur bei dem, was wir essen und trinken, sondern bei der Art, wie wir arbeiten und wie unsere Umwelt in 20 Jahren aussehen wird. Gesichert werden die Rechte der Investoren, auf der Strecke bleiben die Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Ihr habt die Möglichkeit, eine 30-sekündige Liebeserklärung an Europa abzugeben, die wir dann auf Youtube hochladen. Wie klingt die?
G. Z.: *Europa ist für mich die kleinasiatische Prinzessin, die von Zeus entführt wurde – also die erste Migrantin. Ich hoffe auf die unglaubliche Kraft der Menschen und ihre Solidarität, Europa für alle zu einem lebenswerten Ort zu machen. In vielen Regionen der Welt setzt man ebenfalls große Hoffnung auf uns. Ich kämpfe für eine solidarische Welt und dafür, dass wir es gemeinsam schaffen, Armut europaweit und darüber hinaus auszumerzen.*
T. H.: *Europa gemeinsam solidarisch zu gestalten – das war und ist eine grandiose Idee. Aber über die Jahre ist Europa immer stärker unter die Fuchtel der Kapitalinteressen geraten. Die Interessen der Menschen kommen da ganz hinten. Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen ohne Angst vor der Zukunft armutsfrei und friedlich leben können. Ein Europa, das sozial gerecht ist. Das wollen wir uns hier unten erkämpfen – gegen die da oben.*

Das Gespräch führte Sonja Giese.

Wem DIE LINKE nützt

Auf vielfache Art und Weise setzt sich DIE LINKE im Europäischen Parlament für die Bürgerinnen und Bürger Europas ein. Auf höchster parlamentarischer Ebene hat sie sich mit Gesetzesanträgen, Initiativen, Fragestunden und vielem mehr gegen die Troika gestemmt, Privatisierungshysterie gedämpft und Massenüberwachung der Bürgerinnen und Bürger bekämpft; hat sich für eine wirkliche Bankenkontrolle eingesetzt, für menschenwürdige Beschäftigung gestritten und einen nachhaltigen Umweltschutz forciert. DIE LINKE hat Armut bekämpft und sich für solide ausgestattete EU-Fördertöpfe und ein friedliches Europa eingesetzt, das ab- und nicht aufrüstet und Flüchtlinge schützt. Viele Erfolge tauchen nur selten in den Medien auf: DIE LINKE hat durch ihre Arbeit im Europäischen Parlament die Lebenssituation von Fernfahrern und Hausangestellten verbessert, Internetnutzer besser geschützt und die Privatisierung von Wasser verhindert. Wenn Sie wissen wollen, welchen Nutzen Sie persönlich von der Politik der LINKEN haben, dann werden Sie hier fündig:

www.die-linke.de/bilanzbroschuere

Move Forward. Die Veränderung hat begonnen

Von Alexis Tsipras, Spitzenkandidat der Europäischen Linken für die Europawahl

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten. Europa ist an einem kritischen Scheideweg angelangt, und es gibt zwei Richtungen, die es einschlagen kann: Entweder entscheiden wir uns für Stillstand oder wir bewegen uns vorwärts. Entweder wir finden uns mit dem neoliberalen Status quo ab und tun so, als könne die Krise mit derselben Politik gelöst werden, die sie hervorgerufen hat, oder wir machen uns mit der europäischen Linken daran, die Zukunft in unsere Hand zu nehmen. Denn der Neoliberalismus bedroht die Existenz der Menschen überall in Europa und damit ist auch die Demokratie in Gefahr, insbesondere durch das Erstarken der extremen Rechten.

Diejenigen, die behaupten, dass die verabreichte »Medizin« zum Kurieren der Krise geführt hat, sind Heuchler. Denn der europäische Traum hat sich für Millionen von Menschen in einen Albtraum verwandelt. Umfrageergebnisse des Eurobarometers zeigen, dass wir es mit einer erheblichen Vertrauenskrise in der EU zu tun haben und dass die Popularität der ultrarechten Parteien wächst. Wir waren es, die europäische Linke, die noch vor der Etablierung der Eurozone zu Recht vor den Schwächen, Mängeln und destabilisierenden Ungleichgewichten dieses Projektes gewarnt haben. Aber die Eurozone existiert nun einmal. Wir haben eine Wirtschaftsunion und eine gemeinsame Währung, und die unmittelbaren Alternativen sind keinen Deut besser. Ein Ausscheiden aus der Eurozone würde keinem Krisenstaat etwas nützen. Im Gegenteil. Damit würden nur neue Probleme entstehen wie eine instabile Währung, ein möglicher Sturm auf die Banken, Inflation, Kapitalflucht und massenhafte Abwanderung. [...]

Frank Schwarz

Unser Interesse als EuropäerInnen ist ein anderes: Wir wollen die Eurozone verändern. Und hier stellen sich drei Aufgaben: Erstens müssen wir in Bezug auf Europa neue Ideen entwickeln, zweitens müssen wir dementsprechend eine veränderte Krisenpolitik betreiben und drittens müssen wir zwangsläufig die Institutionen, ja die ganze Grundlage der EU verändern. Diesen politischen Kampf müssen wir an zwei Fronten führen: zum einen zu Hause, zum anderen in Brüssel, Frankfurt und Berlin. [...]

Die verschiedenen Rettungsprogramme für die südeuropäischen Länder sind gescheitert. Sie haben ein Fass ohne Boden hinterlassen – die Zeche dafür müssen, wie meistens, die einfachen SteuerzahlerInnen zahlen. Nun bestehen die politischen Eliten in Europa – die sich freiwillig in die Geiselhaft von Frau Merkel begeben haben – aber darauf, diese Maßnahmen, die die Probleme in den südlichen Ländern nur verschlimmert haben, auf den gesamten Euroraum auszudehnen. Wir dagegen meinen, dass Europa einen »New Deal« benötigt, um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen und um ausreichend Mittel für die Finanzierung der Zukunft unserer Länder zu generieren. Europa benötigt mehr Umverteilung und Solidarität, wenn es überleben will. [...]

Was wir in Europa brauchen, ist eine möglichst breite Front gegen den vorherrschenden Kurs, eine Solidaritätsbewegung für die Rechte der Lohnabhängigen sowohl im Norden als auch im Süden. Was wir brauchen, wenn die europäische Linke an Stärke gewinnen und einen maßgeblichen Unterschied machen will im Alltag der einfachen Leute, sind möglichst umfassende soziale und politische Bündnisse. Die Europawahl im kommenden Mai bietet eine historische Chance, die Voraussetzungen für diesen Wandel mit zu schaffen. Wenn versucht wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ist es an der Linken, Europa in eine bessere Zukunft zu führen.

Auszug aus einem Text, der am 12. Februar 2014 in der Tageszeitung »neues deutschland« veröffentlicht wurde. Den ganzen Artikel finden Sie hier:
www.die-linke.de/tsipras-nd

Alexis Tsipras ist Vorsitzender der griechischen sozialistischen Partei SYRIZA
www.alexistsipras.eu

DIE LINKE kämpft für ein Europa aller Menschen

Das Zusammenleben und der Austausch mit Menschen aus den unterschiedlichsten Ecken der Welt gehören zu meinem Leben. Aufgewachsen in Berlin, ein Elternteil mit Migrationshintergrund – »multi-kulti« war schon immer eine Selbstverständlichkeit für mich: im Kindergarten, während der Schul- und Studienzeit bis heute. Bei Jugendaustauschen konnte ich verschiedene europäische Länder und Kulturen kennenlernen. Als Studentin lebte und studierte ich insgesamt für mehrere Jahre in vier europäischen Ländern drei Sprachen – eine tolle und spannende Erfahrung!

Aber schnell merkte ich auch: Solche Erfahrungen sind aufgrund sozialer Schranken nicht für jede und jeden erlebbar. Der Bologna-Prozess wurde als europäische Erfolgsgeschichte gefeiert, aber alle Versprechen für bessere Mobilität und Qualität der Bildung sind gebrochen worden. Easyjet spricht in einer neuen Kampagne von der »Generation der Jumpsetter«. Für die sei es völlig normal, mit dem Flugzeug quer durch Europa zu reisen. Die große Mehrheit dieser Generation führt jedoch ein Leben, das unter dem Deckmantel von Flexibilität materielle und soziale Unsicherheit bedeutet. Befristungen und prekäre Jobs stehen auf der Tagesordnung junger Menschen. Sie spüren, dass sich bedeutende Entscheidungen der Europäischen Union gegen ihre Interessen richten.

Die Idee von einem vereinten und friedlichen Europa, wie sie von der europäischen Arbeiter/-innenbewegung, von linken Denkern und Revolutionären formuliert wurde, ist zu einem Herrschaftsprojekt verkommen. Die Fokussierung auf die Schaffung eines freien Marktes war nie im Sinne einer emanzipatorischen Utopie linker Kräfte.

Die verantwortungslose Europapolitik, massiv vorangetrieben von der Bundesregierung, vollzogen durch die Mitgliedsstaaten und die Troika, zerstört die Lebensgrundlage vieler Menschen. Europa, das sind die einzelnen Menschen Europas und deren Kulturen. Wer diese Menschen in die Verarmung treibt, ist ein Feind Europas. DIE LINKE kritisiert nicht Europa, wir kritisieren die EU und sagen richtigerweise: Wer Europa retten will, muss die EU neu gründen. Wir kämpfen für ein Europa aller Menschen, ein Europa der Demokratie und des Friedens, der sozialen Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit, der Kultur und kulturellen Vielfalt. Ich engagiere mich auf europäischer Ebene im Rahmen der Europäischen Linkspartei und in sozialen Bewegungen, wie dem Blockupy-Bündnis, für die Verteidigung von Demokratie und Sozialstaat in Europa.

DIE LINKE als politische Partei in Deutschland hat eine besondere Verpflichtung. Deutschland ist in den vergangenen Jahrhunderten als Macht aufgetreten, die rücksichts- und kompromisslos die Interessen der anderen Länder missachtet und unterdrückt hat. Das bedeutet für mich, das Land, in dem ich lebe, zu verändern und eine gute Nachbarschaft zu den anderen Ländern und deren Bevölkerung zu entwickeln. In eben dem Sinne, wie es Brecht in seiner Kinderhymne formulierte:

»[...] Dass die Völker nicht erbleichen wie vor einer Räuberin, sondern ihre Hände reichen uns wie andern Völkern hin. Und nicht über und nicht unter andern Völkern woll'n wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein. Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir's, und das liebste mag's uns scheinen, so wie andern Völkern ihrs.«

***Judith Benda** (26) ist u. a. aktiv in der Europäischen Linkspartei und in der europäischen Blockupy-Koordinierungsstruktur.*

iStockphoto.com/pedrorufo

Zur Wahl stellen sich:

Gabi Zimmer
Listenplatz 1 ■ Landesverband: Thüringen ■ »Ich will eine EU, die auf der Verteidigung individueller Menschenrechte, Antidiskriminierung und Solidarität basiert.«

Thomas Händel
Listenplatz 2 ■ Landesverband: Bayern ■ »Wir brauchen menschenwürdige Arbeit, gute Löhne und gute Renten, sozialen Fortschritt für alle, der vor Armut schützt und ein Leben ohne Angst sichert.«

Cornelia Ernst
Listenplatz 3 ■ Landesverband: Sachsen ■ »Die Freizügigkeit in der EU ist zweifellos eine Errungenschaft – sie zu erhalten und frei von Diskriminierung umzusetzen, bleibt eine zentrale Herausforderung.«

Helmut Scholz
Listenplatz 4 ■ Landesverband: Brandenburg ■ »Eine starke LINKE wird im Europaparlament den Willen der Bürgerinnen und Bürger vertreten und verteidigen. Gemeinsam können wir das Freihandelsabkommen EU-USA stoppen.«

Sabine Lösing
Listenplatz 5 ■ Landesverband: Niedersachsen ■ »Wir wollen nicht Milliarden in todbringende Waffen stecken, das Geld wird woanders dringend gebraucht.«

Fabio De Masi
Listenplatz 6 ■ Landesverband: Nordrhein-Westfalen ■ »Wir müssen Europa wieder aufbauen und es den Mächtigen nehmen.«

Martina Michels
Listenplatz 7 ■ Landesverband: Berlin ■ »Wir brauchen ein starkes EU-Parlament und mehr direkte Demokratie.«

Martin Schirdewan
Listenplatz 8 ■ Landesverband: Berlin ■ »Gute Arbeit in nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen, eine sozial gerechte und demokratische Energiewende, eine solidarische Daseinvorsorge – ich kämpfe für Regionengerechtigkeit in der EU.«

Sofia Leonidakis
Listenplatz 9 ■ Landesverband: Bremen ■ »Lasst uns für eine Sozialunion kämpfen, die Einkommen gerecht verteilt, die der Jugend Chancen und den älteren Menschen einen würdigen Lebensabend garantiert.«

Malte Fiedler
Listenplatz 10 ■ Jugendverband Linksjugend ['solid] ■ »Wenn wir wirkliche Veränderung wollen für die Jugend in Europa, brauchen wir eine Neugründung des Europäischen Projekts, einen gemeinsamen Aufbruch für ein demokratisches Europa ›von unten‹.«

Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler,

am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Nicht nur durch die Finanzen ist die Europäische Union in eine Krise geraten. Das Scheitern des Verfassungsvertrags bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden hat gezeigt, dass viele Menschen die Europäische Union inzwischen eher als Bedrohung wahrnehmen. Dasselbe geschah in Irland mit dem Vertrag von Lissabon, der die gescheiterte EU-Verfassung ersetzen sollte. Diese Skepsis hat sich durch die Finanzkrise und insbesondere durch ihr Übergreifen auf die Haushalte einiger südlicher Länder der EU vertieft.
Einst war mit der Europäischen Einigung etwas anderes verbunden. Nach den furchtbaren Katastrophen der beiden Weltkriege sollte Krieg in der EU unmöglich werden. Wirtschaftliche Kooperation sollte Vorteile für alle Beteiligten und damit mehr Wohlstand bringen. Es sollten auch größere Spielräume für sozialere Verteilungspolitiken entstehen. Schließlich war – gerade im Fall von Griechenland, Portugal und Spanien – die europäische Integration auch sinnvoll, um die damals erst jungen Demokratien zu stabilisieren. Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit und Demokratie – das waren die Leitideen der Europäischen Integration.
Die Partei DIE LINKE kämpft gemeinsam mit ihren linken Partnerparteien in Europa für die Verteidigung dieser Werte und dafür, die Integrationspolitik wieder an diesen Werten auszurichten. Dabei machen wir Ihnen nichts vor: Eine Politik, die sich gegen die Übermacht der Finanzmärkte und großen Banken richtet, und eine Politik, die den Lobbyismus in Brüssel bekämpfen will, hat sich nicht nur mächtige Gegner ausgesucht; sie benötigt vor allem Geduld und langen Atem. Europa darf nicht jenen überlassen werden, die maximales Profitstreben durchsetzen, die neoliberale Privatisierungen forcieren, die nationalistische Machtpolitik zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerungen betreiben wollen.
Viele Menschen blicken mit Sorge in die Zukunft. Viele Menschen glauben auch, die Regierungen könnten doch ohnehin nur noch umsetzen, was »die da in Brüssel« beschlossen haben. Aber es sind die nationalen Regierungen, die in der EU die Vorgaben machen, um sich dann auf »Brüssel« zurückziehen zu können. Deswegen muss die Europäische Union viel demokratischer werden. Demokratie ist der Schlüssel für einen europäischen Politikwechsel.
Die Unionsparteien, die SPD und die Grünen versichern Ihnen, dass sie »pro europäisch« sind. Aber sie haben mit ihren drastischen Auflagen zur Kürzung von Löhnen und Renten gegen die südeuropäischen Bevölkerungen und zur Haftung gerade der Deutschen für die Schulden die Spaltung vertieft und die EU in eine tiefe Krise gestürzt. Sie werden diese katastrophale Politik fortsetzen. Diese tiefe soziale Krise machen sich Rechtspopulisten zunutze und wollen zum alten Nationalstaat zurück. Sie gefährden also anders das europäische Projekt.
DIE LINKE steht für eine europäische Integration, die den Namen verdient. Wir wollen ein solidarisches und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger. Wir dürfen es nicht länger den Marktliberalen überlassen, die Europa nach unten fahren.
Ihre Stimme für Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE lohnt sich.

Gregor Gysi,
Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Umverteilen statt marode Banken retten

In diesem Sommer jährt sich zum hundertsten Mal der Anfang des Ersten Weltkriegs. Der Jahrestag erinnert daran, wie wichtig es ist, ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in Europa zu bewahren. Es ist bedenklich, dass Europa durch die herrschende Eurokrisenpolitik zunehmend gespalten wird. In hilfloser Wut stehen die Menschen in den Krisenländern den künstlich geschaffenen sozialen Verwerfungen gegenüber. Kürzungen der Löhne, Renten und Sozialleistungen werden von der sogenannten Troika diktiert, die aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds besteht. In der Folge ihres Diktats stieg in Griechenland die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen auf rund 60 Prozent. Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, bekommt keinerlei soziale Unterstützung mehr. Viele haben keine Krankenversicherung mehr und müssen sich entscheiden, ob sie mit dem letzten Geld lebenserhaltende Medikamente oder Essen kaufen. Die künstlich geschaffene soziale Katastrophe in Griechenland führt dazu, dass dort inzwischen durchschnittlich jeden Tag ein Mensch Selbstmord begeht.
Die EU hat ein Demokratiedefizit. Während Dinge des täglichen Lebens wie Toilettenspülungen durch Richtlinien bis in das kleinste Detail geregelt werden sollen, haben Banken in der EU mit ihren gigantischen Betrügereien und Zockereien Narrenfreiheit. 5.100 Milliarden Euro sauer erarbeitetes Steuergeld wurden seit 2008 für die Rettung maroder Banken und Finanzinstitute verpulvert. Bei keiner Volksabstimmung hätte diese unverantwortliche Bankenrettungspolitik mit Steuergeldern eine Chance.
DIE LINKE kämpft für eine andere Politik: Wir setzen uns für eine echte Umverteilung von oben nach unten ein. Die 85 reichsten Personen der Welt besitzen so viel wie die Hälfte der gesamten Erdbevölkerung. Dagegen gibt es ein Mittel: eine Millionärssteuer und eine Politik der steigenden Löhne und Renten. Steuergeld für Bankenrettung muss ab sofort tabu sein.

Sahra Wagenknecht,
1. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

picture-alliance

Friedlich muss Europa erst noch werden

Im Jahr 2012 wurde der Friedensnobelpreis an die EU verliehen. Zu Unrecht, wie ich finde. Zwar gab es seit Gründung der EU keine Kriege mehr innerhalb der Staatengemeinschaft, aber reicht das schon für die Auszeichnung als Friedensmacht? Nein. Was wäre das für eine EU, der ich einen Friedensnobelpreis verleihen würde?

Erstens: Europa würde keine Waffen mehr exportieren! Die Europäische Union belegt gemeinsam mit den USA Platz 1 der weltweiten Waffenexporte. Egal, wo auf der Welt geschossen wird, wir sehen auf den grauenvollen Kriegsfotos Gewehre, Raketen, Panzer oder Hubschrauber aus europäischer Produktion. Gerade mit den sogenannten Kleinwaffen, Sturmgewehren, Maschinenpistolen und Panzerfäusten, werden in den Kriegen dieser Welt die meisten Menschen getötet. Kofi Annan hat sie deshalb zu Recht »Massenvernichtungswaffen« genannt. Ein Beitrag zum Frieden wäre es, die Welt nicht mehr aufzurüsten, sondern abzurüsten. Die Europäische Union müsste jeden Export von Kleinwaffen und anderen Rüstungsgütern verbieten!

Zweitens würde natürlich kein EU-Mitglied mehr Kriege führen oder – so wie Frankreich mit Unterstützung der »europäischen Partner« gerade in diversen afrikanischen Ländern – seine alten kolonialen Machtansprüche mit militärischer Gewalt durchsetzen. Sich weltweit für Frieden engagieren, sich weltweit einmischen: Das würde nicht heißen, überall Soldaten hinzuschicken, sondern zivile Friedenskräfte. Und es hieße vor allem, die wirtschaftlichen oder sozialen Ursachen von gewaltsamen Konflikten schon im Frühstadium mit friedlichen Mitteln zu bekämpfen. Bislang tritt die EU viel zu oft als mächtiger Wirtschaftsblock auf, der schwächeren Staaten die Bedingungen des Warenverkehrs diktiert. Damit ist sie selbst Verursacherin von wirtschaftlichen und sozialen Krisen in der Welt, die so häufig Konflikte und Kriege bedingen. Wer wirklich weltweiten Frieden will, muss endlich auch eine gerechte Handels- und Wirtschaftspolitik umsetzen.

Und drittens hätte der furchtbare Krieg an den Außengrenzen der EU endlich ein Ende. Und damit der niemals erklärte, aber alltäglich brutal geführte Krieg gegen Flüchtlinge aus aller Welt, im Mittelmeer vor Lampedusa, auf den griechischen Inseln, auf den Flughäfen von Frankfurt, München und Berlin. Es ist eine Schande, dass die Europäische Union kaltblütig in Kauf nimmt, dass Menschen auf der Flucht ertrinken, oder sie zurück in ihre Folterländer abschiebt. Wer sich einen Friedensnobelpreis verdienen will, darf keine Sekunde länger Menschen im Stich lassen, die Schutz suchen vor Krieg und Elend!

Die jetzige EU, nach innen weitgehend friedlich, trägt – leider – sehr viel zu Gewalt und Elend in der Welt bei. Das ist kein Grund, die EU abzulehnen – aber ein sehr guter, sie grundlegend zu verändern! Damit sie irgendwann ein ernstzunehmender Kandidat für einen Friedensnobelpreis wird. Mit einer starken LINKEN im EU-Parlament können wir diesem Ziel einen Schritt näher kommen.

Jan van Aken,
einstiger UN-Waffeninspekteur, Friedensaktivist und Abrüstungsexperte, sitzt für DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Lothar Bisky

»Friedliche Lösung von Konflikten, individuelle Freiheitsrechte, solidarisches und demokratisches Zusammenleben: Das sind die Erwartungen, die Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten an die EU-Mitgliedschaft haben. An deren Erfüllung müssen wir gemeinsam arbeiten.«
Lothar Bisky saß von 2009 bis zu seinem Tod 2013 für DIE LINKE im Europäischen Parlament und war Gründer und von 2007 bis 2010 Vorsitzender der Europäischen Linken.

Paola Giaculli
Listenplatz 11 ■ Landesverband: Berlin ■ »Ich kämpfe für ein offenes Europa, für Selbstbestimmung und Demokratie.«

Keith Barlow
Listenplatz 12 ■ Landesverband: Sachsen ■ »Ich werde dafür eintreten, dass die sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfüllen, und gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik kämpfen.«

Ruth Firmenich
Listenplatz 13 ■ Landesverband: Berlin ■ »Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge; statt auf immer mehr Waffen setzen wir auf Abrüstung und zivile Konfliktlösung.«

Michael Erhardt
Listenplatz 14 ■ Landesverband: Hessen ■ »Europa braucht den Neustart: friedlich, solidarisch und demokratisch!«

Ida Schillen
Listenplatz 15 ■ Landesverband: Mecklenburg-Vorpommern ■ »Für mich ist der Kampf gegen die Liberalisierung, Privatisierung und erpresserische EURO-Politik neben der Friedensfrage eine zentrale europapolitische Aufgabe.«

Jetzt mitmachen
und etwas bewegen!
http://mitglied.die-linke.de

Gotthilf Lorch
Listenplatz 16 ■ Landesverband: Baden-Württemberg ■ »Wichtige Anliegen sind mir ein europaweites einkommensunabhängiges Teilhabegesetz und die Unterzeichnung der umfassenden Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention.«

Jennifer Michelle Rath
Listenplatz 17 ■ Landesverband: Bayern ■ »Ich kämpfe für Inklusion in der Bildung und vollständige Gleichberechtigung ausnahmslos aller Minderheiten.«

Martin Dolzer
Listenplatz 18 ■ Landesverband: Hamburg ■ »Die Vielfalt der Kulturen ist ein großer Reichtum, wenn wir solidarisch und respektvoll miteinander leben und lernen.«

Katrin Marie Hitzler
Listenplatz 19 ■ Landesverband: Nordrhein-Westfalen ■ »Eigentum verpflichtet und soll zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt werden, denn alle dringenden Fragen hängen von einer gerechteren Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen ab.«

Nick Woischneck
Listenplatz 20 ■ Landesverband: Nordrhein-Westfalen ■ »Ich werde für ein europäisches Investitionsprogramm für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen.«

Bitte wählen: Begrenzte EU oder ein offenes, solidarisches Europa!

Die Bezeichnung »Union« beschreibt kaum den aktuellen Zustand der EU, denn das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Einheit. Doch die EU ist durchzogen von Grenzen: zwischen arm und reich, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen innen und außen. Die ungleiche Verteilung von Vermögen hat auch in Deutschland zugenommen. Während die Reallöhne der Beschäftigten gesunken sind, stiegen die Einkommen aus Vermögen und Gewinnen. Die Schuldenbremse und das Nein zu Steuererhöhungen für große Einkommen verhindern eine gerechtere gesellschaftliche Verteilung hier erwirtschafteten Vermögens und eine bessere Daseinsvorsorge. In meiner Heimatstadt Bremen fehlen 20 Millionen Euro, um die Inklusion an Schulen umzusetzen.

Die Agenda staatlicher Sozialkürzungen und privater Gewinne wird den Krisenstaaten an der Peripherie Europas noch ungleich schärfer verordnet. Während öffentliche Leistungen massiv gekürzt werden, erhalten »systemrelevante« Unternehmen Milliarden. In Griechenland sind mittlerweile ganze Teile der Gesellschaft komplett verarmt. Auf Druck der EU und der Bundesregierung wurden die Mindestlöhne um ein Viertel gesenkt, Renten und Gehälter gekürzt.

15 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wurden entlassen – vor allem Lehrer/-innen und kommunale Angestellte –, Studiengänge und Schulzweige geschlossen. Dazu gehörte auch die Berufsoberschule für angehende Krankenpfleger/-innen, an der meine Tante unterrichtete. Ihr und anderen wurde gekündigt, obwohl in den Krankenhäusern ein so großer Personalmangel herrscht, dass Kranke dort von Angehörigen gepflegt werden müssen. Der Gesundheitsetat wurde 2010 und 2011 um jeweils elf Prozent gekürzt. In der Folge fehlen Personal und Medikamente, bleiben Notaufnahmen geschlossen.

Viele haben gar keinen Zugang zu diesem Mangelsystem: Die Hälfte der offiziell 1,3 Millionen Arbeitslosen hat keine Krankenversicherung. Einer ist mein Cousin. Er hat keinerlei Einkommen, Grundsicherung gibt es nicht. Immerhin konnte er bei seiner Mutter unterkommen. Menschen ohne soziales Netz verlieren bei Arbeitslosigkeit früher oder später alles.

Wortschöpfungen wie »Neoástegoi« entstehen und beschreiben Neuobdachlose, die aus der Mittelklasse abgerutscht und auf der Straße gelandet sind. Allein in Athen betrifft das rund 20 000 Menschen. Trotzdem beharrt die Bundesregierung auf Einhaltung der europäischen Schuldenbremse, dem Fiskalpakt. Die öffentlichen Haushalte sollen demnach überall sparen – zugunsten der Vermögenden und auf Kosten der Armen und Ausgegrenzten.

Wortwörtlich ausgegrenzt aus der EU werden diejenigen, für die sie keine wirtschaftliche Verwendung sieht: Menschen auf der Flucht. Die EU schottet sich ab durch Grenzzäune, Überwachungstechnologien und Frontex-Patrouillen. Sie beauftragt Staaten wie Libyen, Fliehende an der Weiterreise zu hindern. Seit die Schweiz 2012 die Möglichkeit abgeschafft hat, in ihren Auslandsvertretungen Asyl beantragen zu können, gibt es keinen einzigen legalen Fluchtweg nach Europa mehr. Für Schutzsuchende bleiben nur gefährliche Wege, die in den letzten zwanzig Jahren für mindestens 20 000 Flüchtlinge tödlich endeten. Diejenigen, die es geschafft haben, die Grenze zu überwinden, werden teilweise monatelang inhaftiert, ihre Flucht wird als Verbrechen behandelt. Bis zu acht Millionen Menschen in der EU wird ein legaler Status verweigert.

Kein Mensch ist illegal, davon sind wir überzeugt. Wir wollen ein offenes Europa, eines, in dem Menschenrechte Vorrang haben vor wirtschaftlicher Nützlichkeit. Daher setzen wir uns für legale Einreisewege und Aufenthaltsrechte ein. Die Grenzabschottungsagentur Frontex wollen wir abschaffen.

Die Rechte der Konzerne hingegen wollen wir eindämmen und sie mit Hilfe europäischer Steuern und Gesetze an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausrichten. Wir wollen in der EU existenzsichernde Mindestlöhne, verpflichtende armutsfeste Grundsicherungen und Renten und eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen. Die EU soll ein Raum der Freiheit und nicht der Unterdrückung und Überwachung sein, ein Raum sozialer Sicherheit ohne Armut und Ausbeutung, der Rechte für Verfolgte, Hungernde und Ausgegrenzte.

Rico Prauss

Sofia Leonidakis *kommt aus Bremen und kandidiert für das Europaparlament.*

Das Wahlprogramm, Impressionen aus dem Wahlkampf, Mitmach-Aktionen, Videos und Online-Diskussionen finden Sie im Internet auf der barrierefreien Seite **www.die-linke.de**

Profit für Konzerne, Elend für Menschen

Verhandelt wird hinter verschlossenen Türen, betreffen wird es uns alle. Der Europäische Rat hat der EU-Kommission das Mandat erteilt, mit den USA ein Abkommen zur Handels- und Investitionspartnerschaft auszuhandeln, das 2015 unterschrieben werden soll. Diktiert hat das Abkommen die Wirtschaftslobby, demzufolge ist klar, wer sich von diesem Abkommen die größten Geschenke erhoffen kann: die Konzerne, die Investoren, die Profiteure, die Diebe geistigen Eigentums, die Lohndrücker, Rüstungsexporteure, Privatisierer. Sie alle erklären, dass TTIP ein Abkommen für die Bürgerinnen und Bürger ist. An diesem Satz stimmt die Präposition nicht. Es ist ein Abkommen gegen die Bürgerinnen und Bürger.

TTIP wird mehr Verliererinnen und Verlierer als Gewinner produzieren. Sechs Beispiele:

- Abbau von Handelsbarrieren bedeutet, dass auch Produkte, die wir nicht im Haus und auf dem Teller haben wollen, eingeführt werden dürfen. Zumal, wenn gleichzeitig die Vorschriften und Standards für Produktsicherheit, Arbeitsbedingungen, unter denen produziert wird, Umweltverträglichkeit etc. gesenkt oder gänzlich ausgehebelt werden. TTIP wird der Gentechnik auf europäischen Äckern Tür und Tor öffnen.
- Absenkung der Standards und größere Freiräume für Konzerne werden dazu führen, dass sich die Arbeitsbedingungen in Deutschland und anderswo verschlechtern. Die USA lehnen beispielsweise das Betriebsrätesystem ab.
- Universitäten werden hierzulande staatlich finanziert. TTIP eröffnet privaten Anbietern die Möglichkeit, Universitäten zu eröffnen, die sich dann im Bieterverfahren um staatliches Geld bemühen können.
- Firmen werden von ihrem Klagerecht gegen Staaten Gebrauch machen, die Entschädigungen aus Steuern gezahlt.
- Kultur wird völlig dem freien Markt unterworfen. Verlieren werden alle, die nicht Mainstream, Blockbuster und leichtverdauliche Kost produzieren. Filmförderung und Buchpreisbindung wären in Gefahr, Subventionen für kleine Theater und Kulturprojekte würden gestrichen, denn auf dem freien Markt hält sich Massenware am besten.
- Bürgerbeteiligung wird weiter eingeschränkt, schließlich diktieren die Konzerne, was privatisiert werden soll und wer wo mitreden darf.

DIE LINKE und ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis kämpfen entschlossen darum, dass die Verhandlungen zu TTIP gestoppt werden.

Rico Prauss

Wir machen klare Angebote

DIE LINKE ist anders. Das ist mehr als eine Feststellung – das ist ein Versprechen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien haben wir um unser Wahlprogramm richtig gerungen, statt es mehr oder weniger durchzuwinken. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sagen wir nicht: »Europa ist gut – also weiter so!« Wir sagen: »Europa kann es besser – kein weiter so!« Im Gegensatz zu den anderen halten wir nicht fest an untauglichen, überlebten und spaltenden Positionen, wir wollen ein solidarisches, friedliches und demokratisches Europa.

Und deshalb fallen wir auf mit unserer Kampagne – im Gegensatz zu allen anderen. Was in den kommenden Wochen im Straßenbild zu sehen ist, ist der plakatierte Anspruch der LINKEN an Europa. Schwarz auf weiß zeigen wir, was wir von Europa erwarten, wofür wir streiten, damit es ein Europa der Menschen wird.

DIE LINKE macht Wählerinnen und Wählern klare politische Angebote, konkret und verständlich. Wir kämpfen um die Europäische Union. So haben wir es immer gesagt, dabei bleibt es. Dabei bleibt es auch auf unseren Plakaten: Nein zu Rüstungsexporten. Ja zu europaweiten sozialen Standards für gute Löhne und sichere Renten. Nein zu Armut im Alter hier und in ganz Europa. Nein zur Rettung von Banken auf Kosten sozialer Sicherungssysteme der Allgemeinheit.

Soziale Spaltung, Neid und das Recht des Stärkeren – das sind die falschen Antworten auf die Frage: Wie soll Europa sein? Gerechtigkeit und Frieden – das ist unsere Antwort, unsere Vision für Europa. Verbunden mit mehr Demokratie und mehr Menschlichkeit. Wäre Europa nicht greifbarer für uns, wenn wir alle in wichtigen Fragen mitbestimmen dürften? Ich denke, ja. Wäre es nicht besser, wenn uns zukünftig die Bilder von Ertrinkenden an den Grenzen Europas erspart blieben? Wir stattdessen gerade denjenigen Schutz und Zuflucht bieten, die sonst nichts mehr haben? Ich denke, ja.

Damit ist DIE LINKE näher an der Verheißung eines geeinten Europas, näher am Gründungskonsens der Europäischen Union als alle anderen. DIE LINKE ist anders – dieses Versprechen lösen wir ein.

Wir kämpfen dafür, dass endlich Solidarität, Demokratie und Frieden in Europa regieren – selbstbewusst und optimistisch, mit Herz und Verstand und ganzer Kraft.

Matthias Höhn,
Bundeswahlkampfleiter

Sprachen

Quinqui – schon mal gehört? Oder Websisch? Gutnisch, Caló, Asturleonesisch? Das alles sind Sprachen, die in Europa gesprochen werden. Insgesamt sind es mehr als 115 verschiedene, dazu noch unzählige Dialekte. Kein Wunder, dass wir uns zuweilen nicht verstehen oder aneinander vorbeireden. Da geht es dem Bayern auf Rügen kaum anders als der Sizilianerin in Finnland.

Um es den Europäerinnen und Europäern in ihren Ländern einfacher zu machen – auch weil Verstehen und Verständnis Voraussetzung für Teilhabe an Kultur und am gesellschaftlichen Leben allgemein sind – reduzierte man das babylonische Sprachgewirr auf 24 Amtssprachen in drei Alphabeten: lateinisch, griechisch und kyrillisch.

23 davon werden im Europäischen Parlament genutzt. Wie man liest, verzichtete Luxemburg auf das Luxemburgische als EU-Amtssprache. Dennoch, es bleibt immer noch der gleichberechtigte Status von 23 Sprachen: für Reden, für Verträge, für Schriftstücke.

Die am häufigsten gesprochene Muttersprache in Europa ist Deutsch, immerhin 18 Prozent der Menschen in Europa sprechen es in der einen oder anderen Form (siehe Bayern und Rügen). Weniger als ein Prozent bekommt das Irische mit der Muttermilch. Insgesamt beherrschen jedoch 51 Prozent, also mehr als die Hälfte der Menschen auf dem Kontinent, das Englische.

Und falls mal doch nichts mehr geht: Mit Händen und Füßen und einem Lächeln kann man eine Menge Gemeinsames auf den Weg bringen. *db*

Die andere Seite der Medaille

In vielen öffentlichen Debatten kommt die Europäische Union schlecht weg. Ausufernde Bürokratie, intransparente Entscheidungen, eine Vormachtstellung neoliberaler Politik und das Versagen in der Finanzkrise sind Gründe dafür. Doch die EU allein auf eine Institution zu reduzieren, mit deren Hilfe der Sozialabbau vorangetrieben wird oder die sich im besseren Fall um den Krümmungsgrad von Gurken und Bananen kümmert, geht fehl. Neben der notwendigen Kritik gilt es auch, die zahlreichen Chancen und Möglichkeiten zu betonen.

Gerade die neuen Bundesländer verdanken der EU viel. Seit Beginn der ersten Förderperiode im Jahr 1990 erhielt Thüringen rund acht Milliarden Euro aus Strukturfonds wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Ohne diese Mittel wären die sozialen Auswirkungen des politischen und wirtschaftliches Umbruchs wesentlich härter ausgefallen. Das gilt für den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur ebenso wie für die Entwicklung im ländlichen Raum. Auch Kommunen und lokale Akteure waren und sind als Projektträger beteiligt. Einige Beispiele: Die Krämpfervorstadt in Erfurt wurde mit Fördermitteln von 17 Millionen Euro aus dem EU-Projekt URBAN in den 1990iger Jahren städtebaulich entwickelt. Im Ilmkreis wurden im Rahmen des ESF-Programms »Gute Arbeit für Alleinerziehende« Vermittlungsberatung und Integrationshilfen für Alleinerziehende organisiert. Von den etwa 1000 Hektar Steppenrasen in Deutschland befinden sich 400 Hektar in Thüringen. Fünf Millionen Euro werden im Rahmen der EU-Förderung in 13 Projektgebieten im Thüringer Becken und dessen Randlagen zum Erhalt und zur Entwicklung dieser einzigartigen Naturlandschaft eingesetzt.

Wichtig zu wissen: Vor dem Hintergrund der bis 2019 auslaufenden Mittel des Solidarpakts wächst die Bedeutung der europäischen Förderung sogar noch! Fest steht, Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, haben enormen Einfluss auf uns, sie wirken bis weit in die Kommunen hinein. Das ist Grund genug, auf linke Ziele für ein friedliches, soziales, solidarisches und demokratisches Europa zu setzen. Auch und gerade bei der Europawahl 2014.

Bodo Ramelow,
Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Mahnen, aufrütteln, ermutigen, bestärken. Künstlerinnen und Künstler mischen sich ein. Es geht um Europa. Mein, dein, Ihr, unser Europa. Da kann man nicht leise sein. Da hat man nicht zu schweigen. Da muss man die Dinge beim Namen nennen!

Unser Europa

wäre nur eine solche Europäische Union, die nicht länger Tod und Rüstung exportiert, die keinen vertraglichen Zwang zur Aufrüstung kennt, die Frontex nicht als Tötungsabwehr gegen Flüchtlinge einsetzt, die politische Vorreiterin der Abrüstung wäre, weil sie – wie Willy Brandt in seiner Stockholmer Nobelpreisrede – Krieg als ultima IRRATIO brandmarkt.

Peter Bause
Helena Büttner
Diether Dehm
Katja Ebstein
Heidrun Hegewald
Jörn Hinkel
Jutta Kausch
Inge Keller
Harald Kretzschmar
Manfred Maurenbrecher
Gisela May
Gina Pietsch
Dieter Wedel
Renate Richter
Frank Viehweg
Konstantin Wecker
Manfred Wekwerth

HOTEL AM WALD
ELGERSBURG. IM HERZEN THÜRINGENS.
Erholung und Gesundheit
3 Übernachtungen mit Frühstück,
2 x dreiteiliges Abendessen nach Vorauswahl,
1x Festmenü mit einem Glas Sekt,
1x Saunabesuch, ½ Kegelstunde
Schmücker Str. 20 - 98716 Elgersburg/Thr.
www.hotel-am-wald.com
Telefon 03677 79800

Jetzt für iOS und Android:
Die nd-App
www.neues-deutschland.de/app
Erhältlich im App Store
JETZT BEI Google play
neues deutschland
DRUCK VON LINKS

Küsten

Europa ist nicht fassbar – sagen die einen. Europa ist unfassbar schön – sagen andere. Oft werden Zahlen bemüht, um Nicht- bzw. Unfassbares zu packen, verständlich zu machen, zu überblicken. Wie wäre es mit dieser: Der Kontinent Europa hat eine Küstenlänge von rund 117 000 Kilometern. Klingt viel, ist viel. Das ist fast dreimal so viel wie der Erdumfang von 40 000 Kilometern. Das sind die Fjorde im Norden, die weißen Strände im Süden und die rauen Küsten im Westen. Küsten sind Ränder. Über den Rand kann man hinausschauen, von dort aus aufbrechen, z. B. in die »Neue Welt« wie einst Vasco da Gama oder Christoph Kolumbus. Küsten sind Geschichte. Wie jener Strandabschnitt in der Normandie, »Omaha Beach«, an dem die Alliierten im Juni 1944 endlich landeten, um Europa mit der zweiten Front noch schneller vom Faschismus zu befreien. Und Küsten sind Hoffnung. Hoffnung auf festen Boden unter den Füßen nach Tagen oder Wochen der Flucht vor Armut und Gewalt in löchrigen, überladenen Booten. Es muss verboten werden, diese Hoffnungen zu enttäuschen. Aufbrechen, ankommen – mit Hoffnungen und Wünschen. Geregelt passiert das täglich in den Häfen an den Küsten. Für tausende kleine Fischerboote, deren Hoffnung in einem guten Fang besteht. Für hunderte größere Kreuzfahrtschiffe und Fähren. Und die ganz großen: Zwei der weltweit zehn größten Häfen befinden sich in Europa, in Hamburg und Rotterdam. Ob klein oder groß, ihnen allen ist gemein, dass sie nicht nur Umschlagplätze der (Welt-) Wirtschaft sind, sondern Orte des kulturellen Austauschs, Orte der Begegnung – des Miteinanders. *db*

Begegnungen, Veranstaltungen, Aktionen

Wer DIE LINKE hautnah und direkt erleben und dabei sein möchte, wenn für ein soziales und friedliches Europa gekämpft und gestritten wird, der oder dem seien folgende Termine und Aktionen empfohlen:

30. April 2014
Wahlkampfauftakt in Erfurt auf dem Anger mit Gabi Zimmer und Sahra Wagenknecht
Beginn 15 Uhr

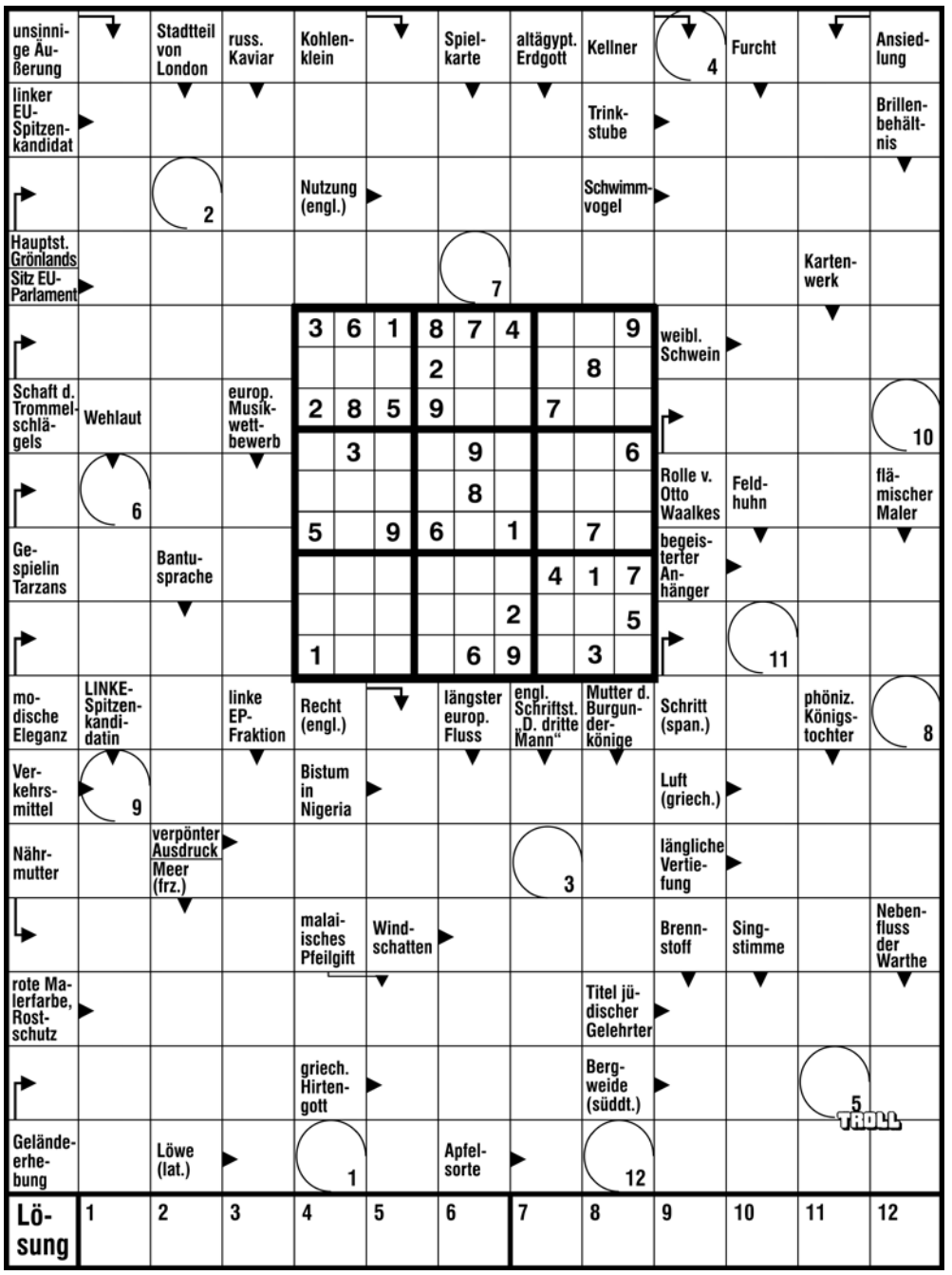
1. Mai 2014
Tag der Arbeit, Kundgebungen und Demonstrationen in vielen Städten Deutschlands

9. – 11. Mai 2014
Parteitag der Partei DIE LINKE in Berlin, Velodrom, zu erreichen vom S-Bahnhof Landsberger Allee

10. Mai 2014
»Energiewende nicht kentern lassen!« – Großdemonstration in Berlin

17. Mai 2014
Internationaler Tag gegen Homophobie

23. Mai 2014
Wahlkampfabschluss auf dem Berliner Alexanderplatz mit Gregor Gysi, Gabi Zimmer, Bernd Riexinger
Beginn 16 Uhr



Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

- *Reise für zwei Personen nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments*
- *Reise für zwei Personen nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestags*
- *Reise für zwei Personen nach Elgersburg, Thüringen, mit Übernachtung im Hotel am Wald*
- *Je ein Jahres-, ein Halbjahres- und ein Vierteljahresabonnement der Tageszeitung »neues deutschland«*
- *drei signierte Exemplare des Buches »Meister der komischen Kunst« von Gerhard Seyfried*
- *drei Wahlkampfgeschenke von Alexis Tsipras*
- *drei signierte Exemplare des Buches »Das ist eine Geschichte« von Kathrin Gerlof*
- *sieben Tour-T-Shirts zu den Z-Veranstaltungen*

Lösung des Kreuzworträtsels bitte bis zum 1. Juni 2014 einsenden an:
DIE LINKE, Wahlquartier
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin.
Oder per E-Mail an:
parteivorstand@die-linke.de

Impressum: Zeitung zur Europawahl 2014
Auflage 5 595 000, Redaktionsschluss: 18. März 2014, Herausgeberin: DIE LINKE
Telefon: 030 / 24 00 99 99, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Druckhaus Schöneweide

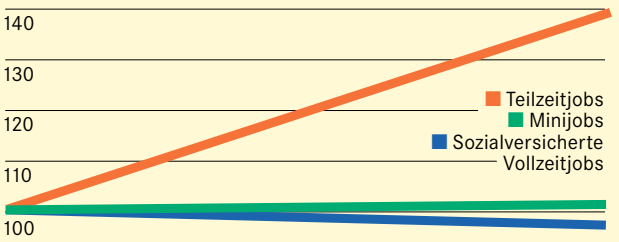
Keine wunderbaren Jobs im Jobwunderland

Niels Holger Schmidt

Auch im Reinigungsgewerbe sind prekäre Jobs sehr weit verbreitet – gerade bei weiblichen Beschäftigten.

SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft jubelt: Auch bei uns habe das deutsche Jobwunder mehr Beschäftigung gebracht. Tatsächlich gibt es aber weniger gute Arbeitsplätze. Fakt ist: Für mehr ordentliche Jobs brauchen wir mehr öffentliche Investitionen. In den ersten drei Jahren seit Krafts Amtsantritt verschwanden 135 000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze. Nur Mini- und Teilzeitjobs legten in NRW zu, so die Arbeitsagentur. Teilzeitjobs wuchsen von gut 1 Million auf über 1,5 Millionen und die Zahl der Minijobs um knapp 20 000. Nur: Mehr Arbeit gab es nicht. Das Arbeitsvolumen, also alle geleisteten Arbeitsstunden zusammen, hat sich kaum verändert. Dafür müssen mehr Menschen mit Niedriglohn zum Amt aufstocken, zuletzt über 300 000. Fazit: Dieses Jobwunder bringt keine wunderbaren Jobs. Das gilt auch für viele klamme Gemeinden: Mit Zeitverträgen sorgen sie selbst für unsichere Arbeit. Wunderbar ist dafür die Gewinnentwicklung: Unternehmen und Spekulanten profitieren auf Kosten der Arbeitseinkommen. Grund: Hartz-Gesetze und Bankenrettung nützen vor allem Unternehmern, werden aber von allen bezahlt. EU-Pläne gehen noch weiter: In Krisenländern werden Mindestlöhne und Gehälter im öffentlichen Dienst gesenkt und Flächentarifverträge zerschlagen. Geht es nach der EU-Kommission, wird das europaweit Vorbild. Diese Politik, die auch Kraft unterstützt, ist nicht alternativlos: Unser Land braucht ein großes Investitionsprogramm, für mehr gute Arbeit. Stattdessen drohen hier massive Arbeitsplatzverluste bei Opel, E.ON, RWE, Thyssen-Krupp und Karstadt. Mögliche Folge: Nachfrageeinbrüche, mehr Erwerbslose und Billigjobs. Landeschefin Kraft fällt dazu wenig ein. Für die Bankenrettung sind Milliarden da, für die Infrastruktur anscheinend nicht. Gingen Anfang der 90er Jahre fast 20 Prozent der NRW-Wirtschaftskraft in die öffentliche Infrastruktur, sind es jetzt etwa 14 Prozent. Das darf nicht so bleiben. Die Menschen in NRW brauchen eine andere, soziale Politik in den Rathäusern und in Brüssel.

Entwicklung von Teilzeit- und Minijobs in Prozent



Armer Anfang ist schwer

Irina Neszeri

Immer mehr Kinder starten schon arm ins Leben – weil ihre Eltern keine ordentlichen Arbeitsplätze haben.

Nirgendwo wächst die Kinderarmut so wie in NRW. Das sagt die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren ist in unserem Land arm. Landes- und Bundesregierung reagieren darauf mit Bürokratie statt mit Hilfe.
Ein »Bildungs- und Teilhabepaket« wurde armen Familien spendiert. Nur: Das war ein Bürokratiemonster und sorgte weder für Bildung noch für Teilhabe. Viele Familien kapitulierten im Papierkrieg. Dutzende Kommunen konnten die Mittel gar nicht an die Mädchen und Jungen bringen. Die Gelder verschwanden oft in kommunalen Haushaltslöchern. 2012 wurden 70 Millionen Euro von den Kämmerern nicht verausgabt, 2011 sogar rund 130 Millionen Euro.
Nötig sind Sofortmaßnahmen wie die Kindergrundsicherung. Das sagen Sozialverbände und Gewerkschaften und auch DIE LINKE. Sie hat diesen alltäglichen Skandal in Räten und Kreistagen thematisiert.
Grund für den beschämenden Zustand ist die falsche Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik. Denn: Arme Kinder haben arme Eltern. Sie leben in armen Stadtvierteln in zu kleinen Wohnungen, haben kaum Chancen auf gute Bildung, Kultur und auf Teilnahme am ganz normalen Leben. Warum sind die Eltern arm? Sie sind erwerbslos oder schuften in Billigjobs.
Die dramatischen Zahlen zur Kinderarmut sind lange bekannt. Nur: Die von CDU, SPD und Grünen gestellten Regierungen in Berlin und Düsseldorf sehen keinen Grund für durchgreifende Maßnahmen.
Das wären zum Beispiel kostenlose Bildungs- und Freizeitangebote für arme Kinder. Gleiches gilt für bezahlbare Wohnungen und den Ausbau unbürokratischer Familienhilfen. Vor allem muss es gute Arbeit geben, von denen Eltern und ihre Kinder gut leben können. Alle Stadtteile brauchen gute, kostenlose Kitas und Schulen. Das sind die Ziele LINKER Abgeordneter in den Räten. Damit dies möglich wird, brauchen die klammen Städte echte Soforthilfen von Bund und Land. Sonst werden Kinder armer Eltern weiter arm bleiben.

Den Wandel im Land anpacken

Nordrhein-Westfalen ist strukturpolitisch noch immer im Wandel. Der ungesicherte Rückzug der Stahl-, Kohle- und Metallindustrie macht selbst nach offiziellen Zahlen rund 800 000 Menschen erwerbslos. Tatsächlich sind es aber weit über eine Million. Das ist nicht alles: Eine rasant steigende Zahl von Menschen lebt in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Armut. Wie kommt das? Die Bundes- und Landesregierungen von SPD, CDU und Grünen haben geschlafen. Nötig ist eine

Niels Holger Schmidt

innovative, soziale und ökologische Wirtschafts- und Industriepolitik. Dazu macht DIE LINKE viele Vorschläge. Technik muss umwelt- und sozialverträglich gestaltet sein. Ressourcen müssen geschont werden, Emissionen verringert. Aber wie geht das? Zum Beispiel durch eine regionale Strukturpolitik, gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Nur so gibt es neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Benötigt werden dazu dringend Investitionen für neue Technologien. Öffentliche Geldhäuser wie die NRW-Bank und Sparkassen müssen dazu durch günstigere Kredite beitragen, statt die Gewinne für Spitzengehälter auszugeben. Und um den Wandel in unserem Land anzupacken, gehört auch eine energieeffiziente Sanierung im Wohnungsbau dazu. Diese muss für die Menschen bezahlbar bleiben. Auch mehr Einsatz nachwachsender Rohstoffe und Recycling sind möglich, 100 Prozent erneuerbare Energie ebenso. Auch dafür steht DIE LINKE.

Impressum Seiten 1–2 und 11–12
Herausgeberin: DIE LINKE.
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kortumstraße 106–108
44787 Bochum
V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner
Auflage: 20 000 Stück
Redaktionsschluss 5. März 2014
Redaktion: Gunhild Böth,
Darius Dunker, Irina Neszeri,
Niels Holger Schmidt
Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Fotos liegen bei der Partei DIE LINKE. Kreisverband Düsseldorf.
Telefon: 0234/4174 7914
lgs@dielinke-nrw.de
www.dielinke-nrw.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 25. Mai fällt eine wichtige Entscheidung: Bekommt die Politik in Europa und auch in Ihrer Gemeinde eine neue, sozialere Richtung? Oder gibt es weiter Geschenke für gut Betuchte, Banken und Konzerne? Damit es für die Menschen vor Ort künftig gerechter zugeht, bitte ich Sie um ihre Stimmen für DIE LINKE bei der Europawahl und der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen.
Denn: Auch in Ihrem Bundesland gibt es eine Alternative: LINKE Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich für Sie zur Wahl. Sie engagieren sich für eine Stärkung der Kommunen, für bessere Schulen und Kitas, unterstützen die Beschäftigten im Kampf für gute Arbeit und gute Löhne oder setzen sich für den Ausbau des Nahverkehrs ein.
Und: Jede Stimme für DIE LINKE ist auch eine Stimme gegen rechte Parteien und ihre Parolen. Auch deshalb bitte ich Sie um Ihre Stimmen für DIE LINKE.

Ihr

Kein Platz in der Kita

Sie wolle »kein Kind zurücklassen«, hat SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft versprochen. Das Ausbauziel von 144 000 Plätzen für Kinder unter drei Jahren für 2013/2014 sei überschritten, jubelte die Regierung. Nur: Das war ein reiner Verschiebebahnhof. Inzwischen haben zahlreiche Kitas zu wenig Platz für Kinder über drei Jahren. Grund: Sie mussten für die U3-Kinder die Gruppen verkleinern. Folge: Überbelegungen, lange Wartelisten, Überlastung des Personals. Das interessiert Kraft wenig. Dafür zu sorgen, dass beim Kita-Ausbau sowohl genug Ü3-Plätze als auch U3-Plätze neu geschaffen würden, sei »eine klassische Aufgabe der örtlichen Jugendhilfeplanung«, so das Familienministerium. So lässt Kraft Kinder und Kommunen doch zurück.

Besser leben in jedem Stadtteil

Düsseldorf. Düsseldorf hat 50 Stadtteile in zehn Stadtbezirken. In der Innenstadt leben etwa fünf Prozent der Bevölkerung. Das hindert CDU und FDP nicht, mehr als die Hälfte aller Investitionen dort zu tätigen. Fast eine halbe Millliarde Euro für den Kö-Bogen, aber in Garath warten die EinwohnerInnen seit Jahren auf den Umbau eines Nebenzentrums.
Der Kampf um eine Bushaltestellen-Wartehalle in der Eller Aue dauert jetzt sieben Jahre, während millionenschwere Kulturprojekte für die Haltestellen der Wehrhahnlinie geplant werden. Dies zeigt, die Politik von CDU/FDP konzentriert sich auf das Zentrum, dem der Größenwahn dieser Politiker einseitig zugute kommt.
DIE LINKE in Düsseldorf steht dafür, dass das Recht auf Wohnen, Bildung, Kultur, Mobilität und lebenswerte Freizeitgestaltung nicht das Privileg einer exklusiven Minderheit ist. Überall in Düsseldorf muss es mehr Angebote an sicheren Spielplätzen, längeren Öffnungszeiten der Bibliotheken, bezahlbarem Wohnraum, gute Rad- und Fußwege und vor allem ein Mitspracherecht der BewohnerInnen bei der Gestaltung ihrer Stadt geben, damit die Menschen sich wohl fühlen.
Lutz Pfundner

Für Sie aktiv in Düsseldorf

Angelika Kraft-Dlangamandla, Platz 1 der Ratsreserveliste: »Für mich gilt: 100 % sozial, auch nach der Wahl. Ich möchte weiterhin für die Interessen und Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner Düsseldorfs kämpfen. Gemeinsam mit ihnen außerparlamentarisch sowie mit einer hoffentlich starken LINKEN im Stadtrat.«

Lutz Pfundner, Platz 2 der Ratsreserveliste: »Der Stadtrat braucht Druck von innen und außen, damit aus der Politik des Größenwahns eine Politik der Solidarität mit allen Menschen wird. Statt für Prestigeobjekte werde ich für soziale, lebenswerte Stadtteile mit Jugendzentren und sozialen Begegnungsstätten kämpfen.«

Anja Vorspel, Platz 3 der Ratsreserveliste: »Verkehrspolitik ist Umwelt- und Sozialpolitik. Für den Radverkehr muss ein zusammenhängendes Netz geschaffen und der ÖPNV langfristig fahrscheinfrei gestaltet werden. Erster Schritt ist ein Sozialticket von zehn Euro. Dies und Umwelt- und Energiepolitik wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit im Rat sein.«

Nicki Blanchard, Platz 4 der Ratsreserveliste: »Bildungspolitik fängt in der Kita an. Als Lehrer weiß ich, wie wichtig dies ist. Deshalb fordern wir, dass der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz schnell umgesetzt wird. Auch der Bedarf an Gesamtschulen wird von der Stadt nicht erfüllt. Im Rat werde ich weiter für die Umsetzung dieser Forderungen kämpfen.«

www.die-linke-duesseldorf.de

Sahra Wagenknecht vor Ort!

1. Mai – Siegen »Roter 1. Mai«
15. Mai – Duisburg, Bielefeld
19. Mai – Münster, Gladbeck,
22. Mai – Düsseldorf, Essen, Bochum
23. Mai – Bonn, Siegburg

Mehr Infos: dielinke-nrw.de/wahlveranstaltungen

Coupon ausfüllen und senden an:
DIE LINKE. NRW, Kortumstraße 106-108, 44787 Bochum

Ich möchte weitere Informationen:
☐ Ich will DIE LINKE aktiv im Wahlkampf unterstützen.
☐ Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail